

Oscar W. Gabriel zum 65. Geburtstag

Max Kaase

Es ist mir nicht nur eine Freude, sondern auch eine Ehre, ein kurzes Vorwort für die Festschrift zum 65. Geburtstag von Oscar W. Gabriel zu schreiben, der am 11. Juli 1947 in Daun/Eifel geboren worden ist. Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, sind wir uns zum ersten Mal persönlich anlässlich eines Vortrages über die Ergebnisse seiner 1986 veröffentlichten Habilitationsschrift „Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland“ begegnet, den er im Rahmen eines Kolloquiums beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim gehalten hat. Niemand, dem unsere gegenseitigen wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen geläufig sind, wird über diese Einladung erstaunt sein. Denn schon zu jener Zeit galt es, in einem konfliktbeladenen hoch ideologisierten politikwissenschaftlichen Umfeld in der Bundesrepublik die relativ seltenen einer empirisch-analytischen Vorgehensweise verpflichteten wissenschaftlichen Aktivitäten zu bündeln, um ihr sowohl national wie auch international ein Mindestmaß an Sichtbarkeit zu verschaffen. Von diesem intellektuellen Pfad ist Gabriel bis heute nicht abgewichen.

Die Gliederung der Festschrift organisiert sich zu Recht an drei Arbeits- und Forschungsschwerpunkten, die der Jubilar insbesondere nach seiner Berufung im April 1992 als ordentlicher Universitätsprofessor für Politische Wissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Systeme und Politische Soziologie konsequent und kontinuierlich verfolgt hat: politische Partizipation und Wahlverhalten, politische Kultur und politische Einstellungen, politische Institutionen und Repräsentation. Gerade wenn man Gabriels zahlreiche Interviews und Medienauftritte zum lokalen Großthema Stuttgart 21 näher analysiert, kristallisiert sich jedoch eine übergreifende Problemstellung heraus, die ihn seit Beginn seiner wissenschaftlichen Karriere umgetrieben hat: die Frage nach den Konstitutionsbedingungen der demokratischen Regierungsweise allgemein und besonders in der Bundesrepublik sowie nach der Rolle der politischen Orientierungen der Bürger in diesem Zusammenhang.

Die „klassische“ Mikrokonzeptualisierung politischer Kultur nach Almond und Verba (1963) als Summe der individuellen Orientierungen der Bürger gegenüber dem politischen System, seinen Institutionen und Akteuren, den kollektiven Vermittlungsakteuren und seinen Inputs und Outputs hat den theoretischen Blick Gabriels auf politische Prozesse bis heute bestimmt. Auf den ersten Blick erscheint es, als ob dieser Bezug in den letzten Jahren nicht mehr so explizit erfolgt sei wie zuvor, denn es verwundert schon, dass in dem von ihm und seinem früheren Mitarbeiter Jürgen Maier verfassten Beitrag zu Heft 3 2009 der PVS „Politische Soziologie“, der einer Bestandsaufnahme von 50 Jahren PVS gewidmet ist, Almond und Verba's „Civic Culture“ nicht einmal im Literaturverzeichnis vorkommt. Dieser Ein-

druck täuscht jedoch, wie sein ausführliches Kapitel „Citizen Politics – Das Konzept und seine wissenschaftliche Bedeutung“ in dem von ihm und Fritz Plasser 2010 herausgegebenen Buch „Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa. Bürger und Politik“ belegt. Einerseits spricht Gabriel dort von „The Civic Culture“ (deren Datenerhebung immerhin schon mehr als fünfzig Jahre zurückliegt) als eine „Pionierstudie“ (S. 44). Andererseits kritisiert er diese jedoch zu Recht wegen der unzureichenden systematischen Verbindung der Mikroebene politischer Orientierungen unter Einschluss der Verhaltensebene einerseits und der systemischen Makroebene andererseits. Seine Kritik richtet sich dabei besonders auf die, lange Zeit forschungsleitende, Problemstellung der Stabilität von Demokratie als Ergebnis der Interaktion von politischer Kultur und politischer Struktur. Ob aber das von Gabriel ins Spiel gebrachte Konzept der „citizen politics“ die Schwachstellen des civic culture Ansatzes nachhaltig beseitigen kann, wird erst die weitere Forschung zeigen können.

Die politische Einstellungs- und Verhaltensforschung hat meiner Auffassung nach bis heute in Deutschland nicht den angemessenen institutionellen Platz im Ausbildungskanon des Faches erhalten. Die folgende Reminiszenz reicht zwar schon sehr lange zurück, aber ich erinnere mich noch sehr gut an meine Versuche, nach meiner Berufung an die Universität Mannheim 1980 beim Landeslehrerprüfungsamt Karlsruhe für Lehrer an Gymnasien die Möglichkeit zu schaffen, in den Prüfungen neben den etablierten politikwissenschaftlichen Prüfungsschwerpunkten Politische Systeme und Politisches System der Bundesrepublik Deutschland/ Politische Theorie/Internationale Politik auch Themen aus dem Bereich der international vergleichenden Sozialforschung, politischen Verhaltens- und Einstellungslehre und politischen Kultur bearbeiten zu lassen (diese Bereiche fehlen dort im Übrigen auch heute noch, wie ein Blick in die entsprechende Prüfungsordnung belegt). Die drei obengenannten flächendeckend etablierten Prüfungsschwerpunkte im Studium der Politikwissenschaft für das Lehramt an Gymnasien in Deutschland sind ein wesentlicher Grund dafür, dass in zahlreichen politikwissenschaftlichen Fachbereichen vor allem die diesen Akzentsetzungen entsprechenden Professuren vorgehalten werden und die Politische Soziologie, wenn sie denn überhaupt explizit existiert, dem Studienkatalog der Soziologie zugewiesen ist. Dieser Sachverhalt erklärt auch die etwas apokryphe Aussage am Ende des genannten Beitrags von Gabriel und Maier (S. 526), es erscheine schwer, „Fortschritte in der Institutionalisierung (der Politischen Soziologie, MK) im universitären Lehrbetrieb zu erreichen“.

Oscar W. Gabriel hat sich in Stuttgart von solchen Problemen offenkundig nicht beeindrucken lassen, wie sein Lehrprogramm der letzten Jahre belegt, das im Übrigen auch in optimaler Weise die immer wieder geforderte systematische Verbindung von Forschung und Lehre dokumentiert. Dieser Umstand hat mit Sicherheit ebenfalls dazu beigetragen, dass am Stuttgarter Lehrstuhl die Nachwuchsförderung eine kontinuierliche und wichtige Rolle gespielt hat, was sich nicht zuletzt an der großen Zahl früherer Mitarbeiter und vor allem Mitarbeiterinnen, deren Förderung Gabriel stets besonders am Herzen gelegen hat, als Kapitelautoren dieser Festschrift ausdrückt.

Ich will im Folgenden kurz drei Schwerpunktsetzungen Gabriels ansprechen, die seine wissenschaftliche Arbeit geprägt haben. Als erstes ist sein Engagement für die sozialwissenschaftliche Analyse des deutschen Vereinigungsprozesses zu nennen. Für das Wissenschafts-

system hat dabei auf der Grundlage des Einigungsvertrages 1990 der Wissenschaftsrat, dessen Mitglied ich seinerzeit war, mit seinen Empfehlungen eine wichtige Rolle gespielt. Im Bereich der Sozialwissenschaften kam es dabei unter anderem auf Anregung nicht zuletzt von M. Rainer Lepsius, Peter Graf Kielmansegg und mir zur Gründung der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW e. V.), die zunächst von Burkhard Lutz und dann von Hans Bertram geleitet wurde. Die zahlreichen in diesem Zusammenhang entstandenen Analysen und Berichte konzentrierten sich auf sechs Themenfelder, darunter auch das Feld „Politisches System“. Diejenigen, die damals „dabei waren“, werden sich noch daran erinnern, dass sich die ganze KSPW- Unternehmung als außerordentlich komplex erwies und ohne das Engagement zahlreicher Wissenschaftler niemals hätte erfolgreich zu Ende gebracht werden können. An dieser Stelle kommt Oscar W. Gabriel ins Spiel, der im Schwerpunkt „Politisches System“ die mikropolitisch orientierten Arbeiten koordinierte, KSPW- finanzierte Befragungen organisierte und die Forschungsergebnisse als Herausgeber des 1997 erschienenen Buches „Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland“ auf der Grundlage seines noch heute sehr lezenswerten Einführungskapitels integrierte. Dieses Interesse am Verlauf des deutschen Vereinigungsprozesses in der Spiegelung der Einstellungen und Verhaltensweisen der deutschen Bürger in den beiden Landesteilen hat sich vor allem in dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ von Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger fortgesetzt. Dieses Vorhaben zeichnet sich nicht zuletzt durch seinen Panelcharakter aus, indem 1994, 1998 und 2002 unter anderem jeweils dieselben Personen befragt wurden und damit Wandel nicht nur im Aggregat, sondern auch auf der individuellen Ebene untersucht werden konnte (siehe dazu die von Falter, Gabriel und Rattinger zu diesem Projekt vorgelegten Buchpublikationen „Wirklich ein Volk“ (2000) mit einem Kapitel von Gabriel über Einstellungen zur Demokratie, „Wächst zusammen, was zusammengehört“ (2005), „Sind wir ein Volk“ (2006) und „Der gesamtdeutsche Wähler“ (2007)). Auch in Gabriels Beiträgen, in den genannten und in zahlreichen anderen Publikationen zur deutschen Vereinigung, dominiert die Demokratieproblematik: Wie entwickeln sich die Einstellungen in den neuen Ländern zur Demokratie, gibt es in Ostdeutschland ein Erbe der Sozialisation in das totalitäre System des Kommunismus, wie lange behält es seine Wirkung, und gibt es Wechselwirkungen mit den entsprechenden Orientierungen in der „alten“ Bundesrepublik und damit in Bezug auf die Frage der Stabilität der deutschen Demokratie?

Nun zum zweiten Schwerpunkt. Schon in seiner Habilitationsschrift 1983 (veröffentlicht 1986) hatte sich Gabriel mit den Inglehartschen Thesen und der daraufhin in Gang gekommenen kritischen Diskussion über den Wertewandel hin zum Postmaterialismus auseinandergesetzt, die Inglehart in seinem Beitrag 1971 in der *American Political Science Review* „The Silent Revolution in Europe“ angestoßen hatte. Diese Debatten standen in engem Zusammenhang mit der von linken Sozialwissenschaftlern wie Habermas, Narr und Offe propagierten Legitimations- und Legitimitätskrise westlicher Demokratien. Da diesen Behauptungen die empirische Grundlage fehlte, ergriffen Ken Newton und ich 1987 die von der European Science Foundation (ESF) durch Jean Blondel eröffnete Chance, hierzu ein breit und verglei-

chend angelegtes sekundäranalytisches Projekt zu initiieren, das von 1988 bis 1995 unter dem Titel „Beliefs in Government (BiG)“ lief und aus dem fünf bei Oxford University Press 1995 veröffentlichte Bücher hervorgegangen sind. An diesem Vorhaben waren mehr als 60 europäische Sozialwissenschaftler beteiligt, unter ihnen auch Gabriel, der mit zwei Kapiteln (eines davon zusammen mit Jan van Deth) zu political trust und efficacy sowie political interest in dem von van Deth und Scarbrough herausgegebenen Band 3 „The Impact of Values“ vertreten war. Ich erwähne dies alles an dieser Stelle aus mindestens zwei Gründen.

Zum einen hatte sich so die Zusammenarbeit zwischen dem Jubilar und Jan W. van Deth angebahnt, die bis zum heutigen Tage wichtige wissenschaftliche Früchte trägt. Dazu gehört zum anderen die Mitwirkung Gabriels in der für die Durchführung des deutschen Teils des European Social Survey (ESS) seit 2001 verantwortlichen Arbeitsgruppe (zusammen mit Jan W. van Deth (Mannheim), Edeltraud Roller (Mainz), Heiner Meulemann (Köln) für die ersten vier Befragungsrunden, seither Stefan Liebig (Bielefeld) für die bereits abgeschlossene fünfte Befragungsrunde sowie für die im Frühjahr 2012 beginnende sechste Runde). Bekanntlich ist der ESS, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Erfahrungen aus dem BiG-Projekt, im Rahmen der ESF von mir, dem bedauerlicherweise Weihnachten 2011 überraschend verstorbenen Sir Roger Jowell (City University London) und John Smith, bis 2000 der für die Sozialwissenschaften zuständige Bereichsleiter in der ESF, aus der Taufe gehoben worden. Gabriels Engagement in diesem wegen seiner hohen Qualität für die vergleichende Sozialforschung in Europa einmaligen Vorhaben dokumentiert sich übrigens nicht nur in seiner administrativ-organisatorischen Funktion, sondern auch darin, dass er in jedem der vier bisher unter deutscher Herausgeberschaft erschienenen Bücher über den ESS (van Deth 2004; Meulemann 2008; Keil und van Deth 2012; Keil und Gabriel 2012) inhaltliche Kapitel beigetragen hat. Das gilt, das sei der Vollständigkeit halber noch hinzugefügt, auch für seine Mitwirkung in dem in zwölf europäischen Ländern zwischen 1998 und 2002 durchgeführten Projekt „Citizenship, Involvement, Democracy“ (CID) (zwei Kapitel- Ko-Autorenschaften), das man als eine Art Bindeglied zwischen BiG und dem ESS betrachten könnte.

Die Aufzählung der internationalen Engagements Gabriels wäre im Übrigen nicht vollständig ohne die Erwähnung seiner Lehrtätigkeit seit 1998 am Institut d’Etudes Politiques de Bordeaux, dort seit 2005 Chercheur Associé, und den Aufbau eines deutsch-französischen Studiengangs Sozialwissenschaften. Dieses für die deutsche Politikwissenschaft eher ungewöhnliche Interesse an der Wissenschaftskooperation mit Frankreich ist 2007 zu Recht mit der Verleihung des Ordens „Officier dans l’Ordre des Palmes Académiques“ anerkannt worden.

Der dritte Aspekt, der hervorgehoben werden soll, bezieht sich auf wissenschaftspolitisches Engagement und die Bereitschaft, der Profession auch außerhalb der unmittelbaren wissenschaftlichen Tätigkeit zur Verfügung zu stehen. Beides kann nicht als selbstverständlich angesehen werden. Meine langjährigen Aktivitäten in diesem Bereich erlauben mir ein gewisses Urteil darüber, dass bei vielen Wissenschaftlern vor allem der mittleren Generation die Neigung, sich kontinuierlich an der Produktion von Kollektivgütern für die Wissenschaft und das eigene Fach zu beteiligen, nicht – um das zurückhaltend zu formulieren – besonders ausgeprägt ist. Eine nationale und gelegentlich auch internationale Mitwirkung in den hier einschlägigen Feldern ist aber unverzichtbar für die effektive Repräsentation nationaler

Forschungs- und Forschungspolitik- Interessen innerhalb und außerhalb des eigenen Faches. Im eigenen Fach war Gabriel in den Jahren 2000 bis 2003 gewählter Fachgutachter der DFG, Mitglied des Vorstands der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und von 2002 bis 2006 Geschäftsführender Redakteur der Fachzeitschrift der DVPW, der Politischen Vierteljahresschrift. Sein bereits angesprochenes wissenschaftspolitisches Engagement in der KSPW im Verlauf der sozialwissenschaftlichen Studien zur deutschen Vereinigung machte ihn zu einem naheliegenden Kandidaten für den Vorsitz im Wissenschaftlichen Beirat der Mannheimer Infrastruktureinrichtung Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) als Teil der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS- heute Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften), den er von 2000 bis 2005 innehatte. Dort übernahm er auch von 2004 bis 2007 den Vorsitz im Kuratorium. Da solche Positionen nicht beliebig vergeben werden, sprechen die diversen Entscheidungen für Gabriel für seine wissenschaftliche, wissenschaftspolitische, aber auch für seine soziale Kompetenz, die nötigen Gremienentscheidungen vorzubereiten und dann zu treffen.

Ich habe meine Würdigung mit dem Verweis auf die übergreifende Thematik begonnen, der Gabriel seine wissenschaftliche Arbeit gewidmet hat: der Funktionsweise demokratischer Regierungsweise mit einem Schwerpunkt in Bezug auf die Rolle, die Bürger in diesem Prozess spielen und spielen sollen. Das, was ich vor vielen Jahren partizipatorische Revolution genannt habe, hat den Jubilar über lange Jahre seiner wissenschaftlichen Existenz interessiert und motiviert. Dieses Thema im Spannungsfeld zwischen repräsentativer und direkter Demokratie ist Gabriel in seiner ganzen Ambivalenz stets bewusst gewesen, einer Ambivalenz, die vielen Protagonisten der direkten Demokratie abgeht. Insofern könnte man es fast als Ironie des Schicksals betrachten, dass er sich gerade gegen Ende seiner Tätigkeit an der Universität Stuttgart im Zusammenhang mit dem Neubau des Stuttgarter Bahnhofs als Durchgangsbahnhof – dem berühmt-berüchtigten S21 Thema, das inzwischen bundesweite Beachtung gefunden hat – „vor Ort“ mit den „Wutbürgern“ und deren Demokratieverständnis auseinandersetzen musste. Wie man dem Internet entnehmen kann, hat ihm das große mediale Aufmerksamkeit beschert, und bezüglich seiner Äußerungen nicht nur von der freundlichen, zustimmenden Sorte. Das ist auch nicht verwunderlich, denn in seinen Interviews hat er zu Recht auf die enge Beziehung zwischen rechtsstaatlichen Entscheidungen und Bürgerbeteiligung und fehlender gegenseitiger Toleranz hingewiesen. Noch wichtiger erscheint mir seine Einschätzung in einem Interview am 9. Januar 2012 mit dem Reutlinger General-Anzeiger, in dem er die seiner Meinung nach maßlosen Forderungen und Erwartungen der Bürger Deutschlands thematisiert. Daher soll der Jubilar in meinem Beitrag das letzte Wort haben, indem ich aus seinem Kapitel „Zufriedenheit mit den individuellen und kollektiven Lebensbedingungen im vereinigten Deutschland“ in dem im Januar 2012 erschienenen und von Silke I. Keil und Jan W. van Deth herausgegebenen Buch „Deutschlands Metamorphosen“ über die Ergebnisse der ersten vier Runden des European Social Survey zitiere (S. 133):

„Wie kommt es, dass sich die deutsche Wirtschaft im europäischen Vergleich als produktiv und leistungsfähig erweist, die Mehrheit der Menschen die Wirtschaftslage aber bestenfalls ambivalent bewertet? Welche Ursachen sind dafür maßgeblich, dass das deutsche Gesundheitssystem zu den besten der Welt zählt, aber nur eine Minderheit der Bürger mit

ihm zufrieden ist? Welche Faktoren sind dafür maßgeblich, dass die deutsche Bundesregierung nicht erkennbar schlechter arbeitet als die Regierungen der Nachbarländer, im Urteil der Öffentlichkeit aber wesentlich schlechter abschneidet? Stellt die deutsche Bevölkerung zu hohe Erwartungen an die Politik und die Modernisierung der Gesellschaft oder vollzieht sich die Modernisierung des Landes nach ihrem Empfinden nicht im richtigen Tempo? Verwenden die Deutschen bei der Bewertung ihrer gesellschaftlichen und politischen Umwelt andere Maßstäbe als die anderen Europäer? Warum sind sie nicht stolz auf die enorme Aufbauleistung im östlichen Teil des Landes?

Diese erst im europäischen Vergleich sichtbar werdenden deutschen Spezifika werfen im Vergleich mit den noch existierenden innerdeutschen Unterschieden die wesentlich interessanteren Fragen für die empirische Forschung auf. Versuche, Antworten auf sie zu finden, sollten sich aber nicht auf die Suche nach den Ursachen der deutschen Malaise beschränken, sondern auch die Frage aufgreifen, wie in einer Atmosphäre kollektiver Übellaunigkeit überhaupt noch effizientes Regieren möglich ist.“

Das sind bedrückende Fragen für Deutschland, und man sieht: für Oscar W. Gabriel ist auch in Zukunft noch viel zu tun. Auf diesem Weg wünsche ich ihm weiterhin gute Laune, peace of mind, gute Gesundheit und viel Erfolg.

„Ehrungen, das ist, wenn die Gerechtigkeit ihren guten Tag hat.“

Axel Görlitz

Konrad Adenauers Sentenz bringt den Charakter einer Festschrift bildhaft auf den Punkt, denn hier geht es offenkundig um Loyalität, Solidarität oder Honorigkeit. Die Autoren einer Festschrift sollen den Jubilar nämlich dadurch ehren, dass sie demonstrieren, wie sehr sie sich ihm sowie seinen Forschungsgegenständen und –interessen verbunden wissen. Die Beiträge der Kollegen, Schüler und Weggenossen dokumentieren deshalb idealiter den gemeinsamen Vorrat an Sujets, Problemstellungen und Denkfiguren. Und vorbildlich wäre gar, wenn darüber hinaus seine Forschungsansätze oder -ergebnisse fortgeführt und weiterentwickelt würden. Sollte, müsste, wäre – die gängige Kritik hingegen wirft den meisten Festschriftbeiträgen einen Mangel an Selektivität und ein Übermaß an Heterogenität vor oder moniert sogar, dass manche Autoren letztlich nur alte Aufsätze recycelten. Solche Kritik treibt Fritz von Klinggräff auf die Spitze, der zur Festschrift für den Berliner Soziologen Dietmar Kamper in der taz anmerkte: *„Festschriften sind obszöne Veranstaltungen. Da wird einer zur Festsau erklärt, um ihn anschließend am Spieß zu braten. So funktioniert der Wechsel akademischer Generationen: Den Ehrenplatz in den Festschriftregalen gibt es, damit man endlich Platz macht für seine Schüler.“* (taz.de vom 17.10. 2001)

Ich bin da fein heraus. Weder konkurriere ich um den Platz auf seinem Lehrstuhl noch zähle ich zum Forschungsumfeld des Jubilars. Weggenosse schon, Kollege noch, aber am besten charakterisiert ‚freundschaftliche Verbundenheit‘ unsere Beziehung. Was auf dem universitären Schlachtfeld eher selten vorkommt. Ich erinnere mich, als wir wieder einmal einer Einladung ins Rektorat gefolgt waren, dass der Rektor verblüfft registrierte: *„Sie scheinen sich ja gut zu verstehen. Das gibt’s sonst wohl in keinem Institut.“* Wie gesagt, Universitäten sind Schlachtfelder und Institute die Kampfzonen. Ein Streitgrund ist wahrscheinlich die Hybris der früher so genannten Ordinarien. Als ich ehemals einer Kollegin auseinandersetzte, Grund für den Dünkel der Kollegen sei vermutlich, dass sie über sich gerade noch Gott duldeten, erwiderte die Amtsgenossin kühl: *„Ich bin Atheistin.“* Im Umkehrschluss müsste O. W. Gabriel glaubensstark sein, ist er doch ganz unauffällig geblieben. Dass man mit ihm Pferde stehlen könnte, weiß ich spätestens seit unserer dreitägigen Evaluation des Würzburger Instituts für Politikwissenschaft.

Zum ersten Mal nahm ich O. W. Gabriel Ende der siebziger Jahre als Autor wahr. In dem von ihm editierten „Grundkurs Politische Theorie“ beeindruckte mich sein Beitrag „Methodologie der Politikwissenschaft“, den ich fortan zahllosen Studienanfängern als Pflichtlektüre aufgab. Der Aufsatz sollte nicht die einzige Leseempfehlung bleiben. Wissenschaftler schreiben schließlich ab und zu – ja, auch zu. Am Ende droht die Gefahr, dass sich die Zahl

der Veröffentlichungen umgekehrt proportional zur Zahl der Leser verhält. In unserem Metier kann man deshalb wohl unterstellen, dass es bei der – für die Karriere unabdingbaren – Publikationsliste weniger um die Publikationen und mehr um die Liste geht: um die Länge der Auflistung, das Renommee der Verlage oder die Originalität der Titel. Immerhin wurden damals, als der Grundkurs erschien, 90 % der wissenschaftlichen Neuveröffentlichungen gelesen und 10 % ignoriert; heute ist es vermutlich umgekehrt. Auf diese Ignoranz verlassen sich sogar Doktoranden. Beispielsweise wies vor Jahren der Lektor eines angesehenen Verlages, der eine juristische Dissertation zu redigieren hatte, die zuständige rechtswissenschaftliche Fakultät darauf hin, dass alle Fußnoten erfunden seien. Auf Befragen meinte der Erstgutachter, sich mit einem Blick auf das Literaturverzeichnis, und der Zweitgutachter, sich mit einem Blick auf das Erstgutachten begnügt zu haben. Da sich der Doktorand der Forderung auf Nachbesserung strikt verweigerte, musste der Lektor gegen üppige Bezahlung mit nachträglich eingepassten Fußnoten die Ehre der Fakultät retten. Natürlich gäbe es auch aus jüngster Zeit Beispiele für ignorante Dissertationsgutachter.

Leibhaftig lernte ich O. W. Gabriel anlässlich seines Berufungsvortrags vor mehr als 20 Jahren kennen. In meiner damaligen Rolle als Institutsdirektor und Mitglied diverser Berufungsausschüsse habe ich sehr viele derartige Vorträge gehört, an die meisten kann ich mich nicht mehr erinnern. Das spricht vermutlich gegen mich, aber dass O. W. Gabriels Vortrag in meinem Gedächtnis haften blieb, spricht auf jeden Fall für ihn. Meine Erinnerung umfasst allerdings nicht nur das Thema, sondern auch die Person, die damals eine einnehmende Unsicherheit ausstrahlte. Grund dafür war sicherlich vor allem, dass sich die Erwartungen der Zuhörer solcher Vorträge zu einem gordischen Knoten verknäulen: die Fachkollegen wollen auf der Höhe der Fachdisziplin, die fachfremden Kollegen interdisziplinär und die übrigen Zuhörer allgemeinverständlich angesprochen werden. Da zielt leichte Unsicherheit, denn Alexander den Großen zu imitieren empfiehlt sich nicht, dulden doch die Kollegen, wie bereits angedeutet, keine anderen Heroen neben sich. Zum guten Ende hat er (wie ich nicht unerwähnt lassen möchte: mit meiner tätigen Mithilfe) den Ruf erhalten. Da war er gerade mal 45 Jahre alt. Er nahm den Ruf an und emigrierte aus Bayern, wo er an der Universität Bamberg als Professor für Wissenschaftliche Politik, insbesondere Politische Systeme, tätig war. Starke Anziehungskraft entfaltete nicht zuletzt eine – zu den Nachwirkungen der damaligen zweiten studentischen Revolution passende – Bombenausstattung, unter anderem mit zwei Mitarbeiterstellen. So kam er nach Stuttgart.

Kurz zuvor hatten die – nach 20 unspektakulären Jahren mal wieder rebellierenden – Studierenden gefordert, was alle Revolutionäre fordern: mehr! Mehr Geld, mehr Komfort, mehr Macht! Zur umgehenden Einlösung dieser Forderungen wurde das Institut besetzt, und mit der Indienstnahme der Infrastruktur sparte man Geld, etwa Telefongebühren, wuchs der Komfort, so dank eines Schlafsofas, und potenzierte sich Macht, z. B. durch öffentliche Aufmerksamkeit. Als frisch bestallter Institutsdirektor warb ich damals für Versöhnung statt Spaltung, anders als beispielsweise Herr Kollege Nickel. Sein Institut für Linguistik war zu jener Zeit ebenfalls besetzt, und er polterte zur Demoralisierung der Revolutionäre, wie sich übermüdete Studierende schreckensbleich bei mir beklagten, allmorgendlich um 5 Uhr laut lärmend über Schlafende hinweg durch die Institutsräume. Gleichwohl konnten wir nach ei-

nigen Wochen einvernehmlich das Ende der Revolution ausrufen und ernteten von der aufgeschreckten Administration mehr Mittel, mehr Personal, mehr Entgegenkommen.

Kennzeichnete das Institut bis dahin ein geistesgeschichtlicher Überbau, der maßgeblich durch seinen Vorgänger, nämlich Martin Greiffenhagen, repräsentiert wurde, so übernahm jetzt die ‚Gesellschaft der Freunde harter Belege‘ mit Ihrem Vormann Oscar W. Gabriel das Institut. Und ich musste mich wieder einmal neu positionieren: galt ich bisher – oh Schauder! – als Positivist, so firmierte ich nunmehr – oh Schreck! – als Metaphysiker. Hauptgrund dafür war wohl, dass ich mich für die sogenannte Theorie der Autopoiese² engagiert hatte.

Wer von Bamberg oder gar Mainz nach Stuttgart übersiedelt, erleidet leicht einen Kulturschock. Zwei Beispiele mögen solche unheimlichen Begegnungen der dritten Art exemplarisch demonstrieren. Als ich zum ersten Mal am Stuttgarter Hauptbahnhof eintraf, sah ich einen ebenso großen wie breiten, an den voluminösen Oberarmen tätowierten Jugendlichen, der einen Kaugummi auspackte. Kaum hatte er das Einwickelpapier achtlos weggeworfen, klopfte ihm ein gekrümmtes, in ein Schürzenkleid gewickeltes Mütterchen mit dem Schirm auf die Schulter und kreischte: „Hebsch Du des Papierle auf!“ Und statt, wie jeder Frankfurter erwarten würde, zum Zeugen eines Totschlages zu werden, registrierte ich fassungslos, dass der Typ das Einwickelpapier aufhob und zum Abfallkorb brachte. Da begriff ich: Stuttgart ist nicht Frankfurt. Ein andermal bat mich die Wirtin der kleinen Pension, die mich bis zu meinem Umzug nach Stuttgart beherbergte, in einem Nachbarschaftsstreit um meinen juristischen Rat. Dabei hob sie besonders hervor, dass man das Nachbarhaus hätte kaufen und so Streit hätte erübrigen können. Auf meine Frage, warum sie als Eigentümerin eines kasernengroßen Mehrfamilienhauses ein zweites Mehrfamilienhaus hätte kaufen sollen, antwortete sie entgeistert: „Ei, damit mer’s hen!“ Da wurde mir wiederholt klar, dass Schwaben nicht Hessen ist und dass ich wohl Ethnologe sein müsste, um zu verstehen, was hierzulande vor sich geht.

Vielleicht ist O. W. Gabriel deshalb lieber nach Vaihingen/Enz gezogen. Aber Vaihingen ist nicht weit von Stuttgart entfernt, und Schwaben bleibt Schwaben. Das Vaihinger Haus ist übrigens das zweite Haus in seinem Leben und demonstriert, dass er offenbar im Herzen selbst Schwabe geworden ist und sich die schwäbische Mentalität des „schaffe schaffe Häusle baue“ zu eigen gemacht hat. Warten wir also ab, was er „demnägscht sonscht no nasschafft“. Letztlich hat er schon heute alles erreicht, was ein Mann erreichen will: Er hat eine bemerkenswerte Kondition, wohnt im eigenen Haus, hat eine liebende Frau sowie eine Sekretärin und zahlreiche Mitarbeiterinnen, lauter tolle Frauen, die seine Arbeit machen. Vor allem aber hat er viel Zeit und Energie auf das Institut, aber auch auf Fakultät und Universität verwendet. Da keine gute Tat auf Dauer verborgen bleibt, musste er zwangsläufig Dekan werden, und vorher und nachher noch Prodekan. Das Wort lässt anklingen, wie es in seinem Fall zu komplettieren wäre: Oscar W. Gabriel war Profidekan. Er hat integriert und viel geleistet, für die Universität, die Fakultät und nicht zuletzt das Institut. Umso schlimmer, dass er sich zurückzieht. Er hinterlässt eine Lücke, die ihn nicht ersetzt.

Meinen Beitrag in diesem Entwicklungsprozess definierte ich damals so, ihm den Rücken für seine Umbauaktivitäten freizuhalten. Ich blieb fast über unsere ganze gemeinsame Zeit hinweg Institutsdirektor und kümmerte mich um die universitären Alltagsgeschäfte,

während er die Umgestaltung des Instituts vorantrieb. Unser – in der Regel konfliktfreies – Zusammenspiel machte es möglich, dass wir sogar bei Bedarf unser Abstimmungsverhalten in einer komplexen Entscheidungssituation auf dem Weg zu oder in einer Sitzung mit einigen Fingerzeigen koordinieren konnten. Übrigens nicht nur untereinander – in den Gremien und nicht zuletzt in der Fakultät konnten wir auf einen Sympathiesantenkreis zählen, der sich wechselseitig bei Abstimmungen unterstützte. Ein Nebeneffekt davon war, dass ein Teil der Gremienmitglieder auf die professionstypischen Hahnenkämpfe – Hennen gab es fast keine – verzichtete und, um im Bild zu bleiben, die Körner lieber reihum aufpickte. Selbstverständlich konnte Akzeptanz nicht immer stillschweigend, sondern musste Konsens oft genug kommunikativ hergestellt werden. In solchen Diskussionen war und ist O. W. Gabriel in seinem Element, argumentiert er doch vernünftig, redlich und, nicht zuletzt, plausibel. Dabei konnte er, zumindest zu unserer gemeinsamen Zeit, damit rechnen, dass die Kollegen ‚open to argument‘ waren. Das versteht sich bei deutschen Universitätsprofessoren nicht immer von selbst.

Solche Professoren sind nämlich Menschen mit einem höchst eigenen Grundrecht. Art. 5 Abs. 3 GG verbürgt die Freiheit von Forschung und Lehre. Deshalb sind manche Professoren frei von aller Forschung und Lehre. Für viele Professoren trifft aber zu, dass sie entweder nahezu frei von Forschung oder aber nahezu frei von Lehre sind. Hier gelten einige der wenigen Sozialgesetze, die wir kennen. Zum Beispiel: ‚Je forscher die Forschung, desto leerer die Lehre‘, oder, ‚je forscher die Lehre, desto leerer die Forschung‘. Müßig zu sagen, dass der Jubilar ein ebenso bekannter Forscher wie engagierter Lehrer ist. Und ein begnadeter Administrator und geschickter Akquisiteur dazu. So hat er die Studiengänge „Kommunikationswissenschaften“ und „Deutsch-französische Sozialwissenschaften“ ebenso eingeworben wie eine zusätzliche Professur- sowie eine Mitarbeiter- und eine Sekretariatsstelle, und, nicht zuletzt, reichlich Drittmittel. Die heißen übrigens so, weil in der Regel ein Drittel davon für Forschungszwecke ausgegeben wird, ein Drittel für die Inanspruchnahme universitärer Einrichtungen und ein Drittel für Leitungsaufgaben. Erfolgreich einwerben wird nur, wer bereit ist, viel Arbeitszeit für die professorale Variante des Topfschlagens aufzuwenden, eben das Fördertopfschlagen. Aber wie viele Studiengänge auch immer O. W. Gabriel installierte, wie viele Stellen er anwarb, wie viele Drittmittel er akquirierte – all das wohl ihm zum Frommen, stets aber dem Institut und, nicht zuletzt, der Universität zum Nutzen. Wir haben alle von seinem Engagement profitiert.

Unter der Professorenschaft residiert der Mittelbau, der, wenn man Spezialkräfte wie Sekretärinnen oder Laborangestellte einmal außen vor lässt, eigentlich Unterbau oder Basis heißen müsste, weil es unter ihm keinen weiteren Bau mehr gibt. Basis oder Unterbau sind bekanntlich marxistische Termini. Aus marxistischer Sicht produziert die Basis den Überbau, anders gesagt, die Basis ist der Produzent aller Ideen. Die Gesamtheit aller produzierten Ideen nennt man an einer Universität Wissenschaft, so dass der Mittelbau der Produzent aller Wissenschaft ist. Folgerichtig gilt hier das erste dialektische Gesetz vom Umschlag der Quantität in Qualität, das heißt: je größer der Mittelbau ist, desto mehr Wissen schafft er. Deshalb werden im Wissenschaftsbetrieb so viele Mittelbauern benötigt. Ebenso gilt das zweite dialektische Gesetz vom Umschlag der Qualität in Quantität: Je mehr Wissen geschaffen

Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie
Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung
Keil, S.I.; Thaidigsmann, S.I. (Hrsg.)
2013, VII, 517 S. 44 Abb., Hardcover
ISBN: 978-3-658-00874-1